

DIE LINKE. Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin • Niederkirchnerstr. 5 • 10111 Berlin

An die Fraktionsvorsitzenden

der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Herrn Raed Saleh

der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Herrn Florian Graf

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Frau Ramona Pop  
Frau Antje Kapek

der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin  
Herrn Martin Delius  
Herrn Alexander Spies

Berlin, d. 11. Mai 2015

Sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende,

mit Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, dass es im Zusammenhang mit dem Mieten-Volksentscheid offenbar im Senat Bereitschaft gibt, über eine Privatisierungsbremse im Land Berlin nachzudenken. Zumindest ist sie Bestandteil des 10-Punkte-Plans von Senator Geisel zum Mieten-Volksentscheid. Ich gehe davon aus, dass es im Parlament jetzt die notwendige politische Mehrheit für die Etablierung einer solchen Privatisierungsbremse in der Berliner Verfassung gibt.

Das war theoretisch auch schon Anfang 2013 der Fall – leider ohne praktische Konsequenzen. Sie erinnern sich, dass die Linksfraktion im Jahr 2012 den Antrag auf eine Verfassungsänderung hinsichtlich einer solchen Privatisierungsbremse ins Parlament eingebracht hat (Drs. 17/0522). Im Januar 2013 hatten der damalige Regierende Bürgermeister sowie die Fraktions- und Landesvorsitzenden der SPD ebenfalls angekündigt, für eine Privatisierungsbremse in der Berliner Landesverfassung einzutreten. Damals hatten wir den Wunsch geäußert, zügig Gespräche dazu zwischen den Fraktionen aufzunehmen. Geschehen ist nichts.

Ich würde mich freuen, wenn wir aus gegebenem Anlass jetzt gemeinsam und ernsthaft nach einem Weg suchen würden, zu einer solchen Privatisierungsbremse zu kommen. Deshalb möchte ich vorschlagen, auf der Grundlage unseres o.g. Antrags, der sich noch immer im Geschäftsgang befindet, nunmehr schnell entsprechende Gespräche aufzunehmen.

In der Hoffnung, dass wir auf diesem Weg zu einer gemeinsamen Initiative finden, die unseren Antrag dann ggf. auch hinfällig werden ließe, bitte ich Sie um Prüfung des Vorschlags und ein Signal, ob Sie für solche Verhandlungen offen sind. Ich bin mir sicher, dass wir bei entsprechender Bereitschaft schon wegen des politischen Gewichts einer solchen Entscheidung nicht an Terminfragen scheitern werden!

In Erwartung Ihrer Antwort und mit freundlichen Grüßen

Udo Wolf